

oft von einer Stimme ab, darum ist es Pflicht und Schuldigkeit, daß jeder Urwähler und jeder Wahlmann bei den Wahlen pünktlich erscheint, und seine Stimme dem gibt, der es wohl mit dem Volke meint.

Voran erkennt Ihr das aber? Dafür gibt es kein untrügliches Zeichen. Der Baum wird erst an seinen Früchten erkannt. Aber Eins merkt Euch! Nicht der ist Euer Freund, der Euch nach dem Munde spricht, sondern der, welcher Euch die Wahrheit sagt, auch wenn sie Euch schmerzt. Trauert großen Versprechungen nicht, denn Redensarten kosten kein Geld. Achtet darauf wer in seinem Hause sparsam und ordentlich ist; er wirds auch sein, wenn es auf den Haushalt des ganzen Staats ankommt. Achtet darauf, wer von jeher gestrebt hat, in seinem kleinen Kreise das Wohl seiner Mitbürger zu fördern; ihr dürft hoffen, daß er es auch als Mitglied der Kammer thut. Achtet darauf, wer stets das Recht höher gestellt hat, als seinen Vortheil, er wird auch Euer Recht schützen und nicht auf seinen Vortheil sehen, wenn es sich um das Wohl Aller handelt. An solchen Männern wirds Euch, Mitbürger, in Stadt und Land, nicht fehlen, denn in Westphalen gilt noch der alte Spruch: Das Recht bleibt oben.

Künftig wird Euch die Wahl leichter. Die Verhandlungen der Kammern sind öffentlich Art. 78. Ueber wichtige Fragen wird namentlich von Jedem abgestimmt, und da könnt Ihr selbst sehen, ob die von Euch gewählten Vertreter in eurer Sinne gehandelt haben oder nicht.

Wie oft werden die Mitglieder der Kammern gewählt?

Für die erste Kammer alle 6, für die zweite Kammer alle 3 Jahre; das soll damit gesagt sein, wenn es im Art. 64 und 70 der Constitutions-Urkunde heißt: die Legislatur-Periode (Gesetzgebungs-Periode) der ersten Kammer wird auf 6 Jahr, die der 2. Kammer auf 3 Jahre festgesetzt. Solche neue Wahlen sind von Zeit zu Zeit nöthig, weil jedes Jahr neue Urwähler hinzutreten, und weiles Mittel geben muß, Deputirte aus der Kammer zu bringen, die das Vertrauen ihrer Wahlmänner nicht mehr besitzen.

Wann und wie oft werden die Kammern berufen?

Der König beruft die Kammern alljährlich im Monat November. Art. 76.

Wie ist's aber, wenn er das nicht thut?

Da fehlt es an einer Bestimmung und das ist mangelhaft. In andern Ländern dürfen sich die Kammern dann selbst versammeln. Das muß auch in unsere Constitution hinein. Denn sonst wäre das Land ohne Vertretung, wenn der König die Kammern einmal nicht berufen wollte. Wir brauchen zwar nicht zu fürchten, daß unser jetziger König auf diese Weise das Recht des Volkes verlegen wird; wir können aber nicht in die Zukunft sehen; darum halten wir das alte Sprichwort fest: Vorsicht ist zu allen Dingen gut!

Was haben die Minister zu thun?

Der König kann nicht Alles wissen. Er soll aber doch zu jedem neuen Gesetz sein ja oder nein sagen, dasselbe mag Handel oder Gewerbe, Ackerbau oder Viehzucht, Gemeindeangelegenheiten, Steuern, Bergwerke, Jagd oder wer weiß was sonst noch betreffen; deßhalb muß er Rathgeber haben, „das sind seine Minister.“ Damit sie dem Könige nun Rath erteilen können, müssen sie hören, was in den Kammern verhandelt wird. Darum dürfen sie bei diesen Verhandlungen zugegen sein, und müssen dorthin kommen, wenn die Kammern dies verlangen.

Der König hat für das ganze Land zu sorgen. Wenn es dem ganzen Lande gut geht, geht es ihm auch gut. Daraus könnt Ihr abnehmen, daß dem Könige das Wohl eines Jeden aus dem Volke, vom Präsidenten der Kammern bis zum Bettler am Herzen liegen muß, und daß er keinen Vortheil oder Schaden davon hat, ob ein Gesetz so oder so ausfällt und daß es also hauptsächlich darauf ankommt, daß die Minister dem Könige einen guten Rath geben, das heißt, einen solchen, der für das ganze Volk und für jede einzelne Klasse desselben ersprieslich ist. Damit nun die Minister nur einen guten Rath erteilen, so müssen sie jedes Gesetz und jede Anordnung, die der König erläßt, mit unterschreiben, und sind dafür den Vertretern des Volks verantwortlich. Das ist Art. 58 und 59 vorgeschrieben. Ohne die Unterschrift des Ministers gilt keine Verordnung. Art. 42.

(Fortf. folgt.)

Deutschland.

Frankfurt, 6. Jan. Die Berliner Kreise, in welchen man wissen will, daß Herr v. Radowitz demnächst aus dem Staatsdienste entlassen werden möchte, müssen wohl sehr schlecht unterrichtete Kreise sein, da, wie ich Ihnen mit Sicherheit bezeugen kann, die Entlassung des Herrn v. Radowitz bereits geschehen ist und zwar — auf seinen Wunsch — gleich nach den Märzereignissen, also vor neun Monaten. Nicht besser als die Berliner sind aber auch die Frankfurter Kreise, aus welchen die Spenerische Zeitung ihre Nachrichten geschöpft hat, unterrichtet. Daß Herr v. Radowitz ein eifriger, d. h. ein wahrer Katholik ist, das ist freilich eine allbekannte Thatsache; daß aber jemals in den Frank-

furter Parlamentverhandlungen das wahrhafte Preuß. Interesse mit dem wahrhaften katholischen Conflit gerathen sei, dafür wäre noch der Beweis zu bringen. Jedenfalls entbehrt die Behauptung, daß Herr v. Radowitz den Preuß. Interesse entgegengetreten sei, für irgend besonnene Beobachter sogar eines jeden Scheines, und es ließe sich diesem höchst ausgezeichneten Parlamentsmitgliede sogar mit stärkerem Rechte der entgegenge setzte Vorwurf machen, daß er in seiner ganzen parlamentarischen Thätigkeit die Interessen Preußens jeder andern Rücksicht voranstellte. D. P. M. 3.

§ Die verfassungsgebende Reichsversammlung in Frankfurt hat am 8. d. Mts. ein Gesetz in einem einzigen Artikel beschlossen. Dasselbe lautet:

Alle öffentlichen Spielbanken sind vom 1ten Mai 1849 an in ganz Deutschland geschlossen und die Spielpachtverträge aufgehoben.

Wir kommen diesem Gesetze mit dem freudigsten Gefühle entgegen, denn es wird dadurch der Moralität, die schon so lange von der öffentlichen Stimme aller Gutgesinnten geforderte Rücksicht endlich gewährt. Zwar wird manche einzelne Stadt, insbesondere Curorte, dadurch nachtheilig berührt werden; Verluste der Einzelnen müssen jedoch vor dem Wohle des ganzen Volkes zurücktreten. Hoffen wir, daß mit dem Verschwinden der öffentlichen Spielbanken auch die tadelwerthe Vorliebe so vieler unter uns zu gewagten Spielen vergehen werde. Die Franzosen waren uns mit der Abschaffung der Spielhöllen voraus, und es ist gut, daß auch wir endlich diese Schande los sind.

!! **Berlin, 13. Jan.** Der Minister Camphausen, welcher vor drei Tagen hier eintraf, sollte dem ersten Anscheine nach nur kurze Zeit hier verweilen. Bei der Verwickelung der österreichischen Frage wird derselbe jedoch nicht so rasch nach Frankfurt zurückkehren können. Wie verlautet, sucht er den König zu kräftigen Schritten in der deutschen Einheitsfrage und zu einem entschiedenen Auftreten für Deutschland zu bestimmen. Es ist zu bedauern, daß der König durch eine zu zarte Gewissenhaftigkeit daran verhindert wird, den undeutschen Absichten des Olmüzer Cabinets kräftig entgegen zu wirken. Was soll das ängstliche Nachblättern in den Verträgen von 1815 und 1820? Alle diese alten Blätter sind durch die jugendfrische Revolution im März 1848 in ganz Deutschland zerrissen und der Vergessenheit übergeben worden. Deutschland hat durch die Berufung seines Parlaments, durch die Abschaffung des Bundestages und durch die Einsetzung der Centralgewalt, mittels des von allen Staaten Deutschlands anerkannten Gesetzes vom 28. Juni 1848 den alten Staatenbund vernichtet. Der neue Bundesstaat will endlich vollständig geordnet in das Leben treten, und es ist sehr zu fürchten, daß, wenn der König diesem Bedürfnisse nicht entgegenkömmt, das unabweisliche Volksgedühl sich auf andere Weise Platz machen wird.

Oldenburg, 3. Januar. Der hiesige Volksverein hat in Folge einer Aufforderung des Centralvereins von Kassel einstimmig die Erklärung erlassen, daß er es zum Heile von Deutschland für nothwendig erachte, die Reichsgewalt an Preußen zu übertragen. Er hat zugleich, mit Hinweisung auf den bekannten Beschluß der braunschweigischen Stände, den hiesigen Landtag aufgefordert, sich in gleichem Sinne auszusprechen. Unser Land hat von jeher, trotz einer ziemlich allgemeinen Antipathie gegen die Person des Königs von Preußen, das Gefühl gehabt, daß nur unter Preußens Hegemonie Deutschland einig und groß werden könne. Es wird überall mit Schmerz empfunden, daß unser Fürst in diesem Augenblicke schweigt. Es wäre jetzt wieder ein Moment, durch offenen, freien Anschluß an die größte ganz deutsche Macht ein großes Beispiel zu geben. W. 3.

Schwerin, 6. Januar. In der heutigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten stellte der Abgeordnete Ackermann den dringlichen, vor der Tagesordnung zu beratenden Antrag, der Reichsversammlung zu Frankfurt eine Erklärung dahin zugehen zu lassen; die Versammlung der Abgeordneten beider Mecklenburg anerkenne die politische Nothwendigkeit, daß die neue zu begründende deutsche Centralgewalt an die Krone Preußen erblich übertragen werde. Mit glänzender Beredbarkeit schilderte der Antragsteller, wie seit Jahren das deutsche Volk die Nothwendigkeit einer politischen Einheit erkannt, wie es diese in der großen Bewegung des vorigen Jahres endlich errungen, wie diese Einheit durch eine einfache, dauernde und kräftige Centralgewalt bedingt sei und wie eine solche Centralgewalt nur in dem Oberhaupt eines durch Macht und Intelligenz hervorragenden Staates, d. h. Preußens, zu finden sei. Vergebens sprachen gegen den Antrag, die Krone Preußens von dem Träger derselben unterscheidend, Kloss und M. Wiggers, welcher den Präsidentenstuhl an Volten abgetreten hatte. Endlich, nach stundenlanger Debatte und nach Verwerfung von drei Amendements durch namentliche Abstimmung, wurde der Antrag Ackermanns mit 49 gegen 33 Stimmen angenommen; 12 hatten sich der Abstimmung enthalten. Diese Sitzung ist insofern wichtig, als in ihr der erste entscheidende Schlag